

# Grundsatzprogramm

**für die Arbeit der  
Landesschülervertretung der Gymnasien  
in Schleswig-Holstein**

– BASICS – Grundlagen für eine bessere Schule –

Drucklage: 25.10.2016

*Die Erarbeitung und Weiterführung des Grundsatzprogramms obliegt dem Landesschülerparlament.*



Die jeweils aktuelle Fassung des Grundsatzprogramms befindet sich auf der Internetseite der LSV unter <http://gymnasien.schuelervertretung.de/grundsatzprogramm>

## Das Grundsatzprogramm

### Das bildungspolitische Grundsatzpapier der LSV Gymnasien SH

Das Grundsatzprogramm ist die Arbeitsgrundlage für den Landesvorstand.

Es stellt ein idealisiertes Bild von Schule dar und spiegelt die Meinung aller Gymnasiastinnen und Gymnasiasten Schleswig-Holsteins wieder. Ein idealisiertes Bild von Schule bedeutet für uns, dass alle Forderungen in diesem Grundsatzprogramm potenziell erreichbar sind.

Das Grundsatzprogramm orientiert sich nicht nur an dem Ist-Zustand des Bildungssystems, sondern stellt unsere generelle Vorstellung davon dar.

„Die Erarbeitung und Weiterführung obliegt dem LSP“, prangt auf der Titelseite. Es sind die Schülerinnen und Schüler der einzelnen Schulen, die die Ziele der LSV erarbeiten und vorgeben. Wenn euch, also den Schülerinnen und Schülern, etwas nicht passt oder fehlt, dann kann von jeder und jedem Delegierten zum LSP (eine oder einer pro Schule) ein Antrag auf einem Landesschülerparlament gestellt werden. Somit wird es ermöglicht, dass die LSV genau die Interessen der Schülerinnen und Schüler direkt an der Schule vertritt.

In diesem Sinne wünschen wir viel Spaß beim Lesen und vor allem beim Weiterdenken.

„Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.“  
Laotse

#### Bisherige Grundsatzprogrammänderungen:

Duburg-Skolen in Flensburg	23. und 24.	April	2007	
IGS Faldera in Neumünster	1. und 2.	Juni	2007	
JH Gaarden in Kiel	23. und 24.	November	2007	
JH Neumünster	8. und 9.	Februar	2008	
IGS Faldera in Neumünster	12. und 13.	Februar	2010	
Theodor-Mommsen Schule in Bad Oldesloe	25. und 26.	Juni	2010	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	5. bis 7.	November	2010	
Helene-Lange-Gymnasium in Rendsburg	19. und 20.	Februar	2011	
Theodor-Storm-Schule in Husum	24. und 25.	Juni	2011	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	4. bis 6.	November	2011	
Theodor-Mommsen Schule in Bad Oldesloe	10. und 11.	Februar	2012	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	2. bis 4.	November	2012	
Bismarckschule in Elmshorn	8. und 9.	Februar	2013	
Theodor-Storm-Schule in Husum	31. Mai und 1.	Juni	2013	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	1. bis 3.	November	2013	
C.-F.-von-Weizsäcker-Gymnasium in Barmstedt	14. und 15.	Februar	2014	
Domschule Schleswig	13. und 14.	Juni	2014	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	7. bis 9.	November		2014
Sachsenwaldschule Reinbek	6. und 7.	März		2015
Helene-Lange-Gymnasium in Rendsburg	5. und 6.	Juni	2015	
Landtag des Landes Schleswig-Holstein	4. bis 6.	Dezember	2015	
Altes Gymnasium Flensburg	3. bis 4.	Juni	2016	

## Das Bildungssystem in Schleswig-Holstein

Die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sprechen sich für ein zweigliedriges Schulsystem aus, in welchem nach einer sechsjährigen Grundschulzeit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen in unterschiedlichen Lehr- und Lernumgebungen auf das Abitur hinführen. Die Schularten müssen aber in alle Richtungen durchlässig sein: ein Schulwechsel zwischen den Schularten ist deshalb zu jedem Schulhalbjahreswechsel möglich.

Was wir für die Gymnasien in Schleswig-Holstein brauchen, ist ein zweckmäßiger Umgang mit den Rahmenbedingungen von G8, G9 und dem Y-Modell, der auf der Weiterentwicklung der Systeme basiert.

Gymnasien, die nicht das vorherrschende System (G8) umsetzen und leben, dürfen ihres fortsetzen. Sie Eine Gesellschaft, deren Zukunftschancen in der Entwicklung neuer Ideen und Konzepte liegen, muss einen hohen Bildungsgrad und eine große Motivation des Einzelnen schaffen, damit sie in einer globalisierten Welt wirtschaftlich und politisch erfolgreich sein kann.

Haben ihr pädagogisches Konzept darauf ausgerichtet und sollten die Arbeit mit diesem fortsetzen dürfen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Schulalltag in ausreichender Form mit Aktivitäten in Sportvereinen, Kirchen ect. vereinbar ist - insbesondere dort, wo sich die Vereinsarbeit organisatorisch schwer in den Schulstandort integrieren lässt (z. B. im ländlichen Raum).

Schulartenempfehlungen werden von der Grundschule ausgesprochen. Sie sind aber lediglich Hilfestellung für den/die Schüler/in und seine/ihre Eltern, bei der Wahl der weiterführenden Schule. Sie sind frei dieser Empfehlung zu folgen oder es nicht zu tun. Sollte eine Schulart gewählt werden, die nicht der Empfehlung entspricht, muss ein Beratungsgespräch an der gewünschten weiterführenden Schule stattfinden.

Eine teilweise Angleichung der sechzehn deutschen Bildungssysteme ist der beste Weg. Eine Grundstruktur, also Art, Länge und Abfolge des Bildungsweges, muss einheitlich sein. Dies trifft ebenfalls auf die Lehrpläne zu. Dazu ist ein handlungsfähiges Sekretariat der KMK notwendig. Allerdings bleibt die jeweilige detaillierte Ausarbeitung in Länderhoheit, damit regionale Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Die Abituraufgaben müssen nach Vorgaben der Kultusministerkonferenz von den Landesbildungsminister\*innen gestaltet werden und landesweit gleich sein. Allerdings müssen die Aufgaben aller 16 Länder weitestgehend gleich bleiben. Allen Bundesländern stehen die gleichen Finanzmittel, gemessen an den jeweiligen Schülerzahlen, zur Verfügung.

Das Planstellenzuweisungsverfahren muss eine gerechte Lehrerplanstellenverteilung auf die verschiedenen Schularten gewährleisten. Diese soll Rücksicht auf Inklusion, kleinere Inselschulen und andere Gegebenheiten nehmen.



## Forderungen für die Gymnasien

### **Bildungsauftrag und Unterrichtsinhalte**

#### **Schule als Gemeinschaft**

Außerdem sind alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Geschlecht, Religion, Herkunft, Meinung und Sonstigem gleichgestellt und gleichberechtigt.

Der Erhalt von Heterogenität und der Umgang damit müssen gestärkt werden, weshalb nicht nur Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch Schülerinnen und Schüler den Umgang mit dieser Vielfalt lernen müssen.

Das Tragen von religiösen Symbolen ist Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften erlaubt.

Wir stellen uns unsere Schule als Lern- und Lebensort mit dem freiwilligen Angebot der Nachmittagsgestaltung in Form einer offenen Ganztagschule vor. Diese umfasst ein vielfältig gestaltetes Programm zur Entwicklung geistiger, sportlicher, sozialer und kreativer Fähigkeiten. Auch das weitere Umfeld wird sinnvoll integriert, indem Betriebe, Vereine, andere Schulen und Schularten sowie Einzelpersonen in den Schulalltag, besonders das Nachmittagsangebot, eingebunden werden. Aus dem Nachmittagsangebot können Schülerinnen und Schüler Aktivitäten freiwillig und somit wertungsfrei ins Zeugnis einbringen. Ziel ist es dabei, Möglichkeiten zu bieten, die den Horizont der Schülerinnen und Schüler erweitern. Schulen soll es erleichtert werden, eigene pädagogische Ansätze und regionale Besonderheiten in das Schulgeschehen einfließen zu lassen, was letztlich hilft, das gesamte Bildungswesen zu verbessern.

Ein kostenloses, ausgewogenes, vollwertiges und biologisch wertvolles Mittagessen, welches das soziale Miteinander aller an der Schule beteiligten Menschen fördert, soll den Vormittagsunterricht mit dem Nachmittagsunterricht verbinden. Dabei soll auch vegetarisch und vegan lebenden Menschen die Möglichkeit gegeben werden, an diesem teilzunehmen. Dies erfüllt auch die Vorbildfunktion der Schule und fördert die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler. Dieses qualitativ hochwertige Essen schließt „traditionelles“ Essen nicht aus.

#### **Berufsorientierung**

*Es ist wichtig, den Schülerinnen und Schülern schon sehr früh einen Einblick in Wirtschaftssysteme und die Gesellschaft zu ermöglichen und ihr demokratisches Denken und Handeln zu fördern.*

Insbesondere in der Berufsfindungsphase ab Klasse 8 werden Kompetenzen von Dritten, wie zum Beispiel Trainern der Berufsförderungswerke, Industrie- und Handelskammer oder Ähnliche, in den Unterricht integriert.

Veranstaltungen wie diese dürfen die Schülerschaft keinesfalls in ihrer Berufswahl einseitig beeinflussen, wie es durch Beschönigung des Firmen-/Berufsbildes geschehen



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

kann. Durch diese wäre die Schülerschaft voreingenommen. Es muss in der Schule eine Meinungsfindung und keine Meinungsgebung angestrebt werden. Wenn der Schülerschaft eine eigenständige Firma oder Organisation vorgestellt wird, die nicht allgemein über Berufe aufklärt (wie z.B. das Berufsförderungswerk), muss es ein gewisses Spektrum an Vorträgen beruflich anders aufgestellter Unternehmen oder eine Beleuchtung der „Schattenseiten“ dieser Firma/dieses Berufes geben, damit die Schülerschaft ausreichend informiert ist. Zur Sicherung der Meinungsfindung muss eine ausreichende unterrichtliche Reflexion der Berufsfindungsprogramme in der Schule stattfinden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen die Möglichkeit haben, bei begründeten Bedenken gegen eine sich vorstellende Firma/ Organisation jeglicher von ihr ausgerichteten Veranstaltung (Beispielsweise Vorträge, Infotage, Klassenfahrten etc.) fernzubleiben. Besonders kritisch sind hierbei Informationsveranstaltungen sogenannter "Jugendoffiziere" der Bundeswehr zu betrachten. Um deshalb zu verhindern, dass bei Schüler\_innen ein einseitiges Bild einer Anstellung bei der Bundeswehr entsteht, müssen Schulen, die Interesse daran zeigen, die Bundeswehr zu einem Vortrag einzuladen, verpflichtend auch eine antimilitaristisch ausgerichtete Organisation einladen, um einen facettenreichen Diskurs zwischen allen Beteiligten zu ermöglichen.

### **Inklusion**

Schulen müssen barrierefrei eingerichtet werden, d. h. z. B. Fahrstühle ergänzend zu Treppen oder Rampen an höheren Kantsteinen o. Ä., damit Regelschulen auch für körperlich Benachteiligte zugänglich werden.

Legasthenie und Dyskalkulie werden über die gesamte Schulzeit anerkannt. Verpflichtende Förderkurse in der Unter- und Mittelstufe werden für Betroffene eingerichtet. In Sprachen werden Rechtschreibfehler vermindert gewertet, sollte eine förmlich festgestellte Lese-Rechtschreib-Schwäche vorliegen. In den anderen Fächern ist für Schülerinnen und Schüler, bei denen keine Legasthenie festgestellt wurde, weiterhin ein Punktabzug von bis zu einem Notenpunkt für Rechtschreibung möglich. Legasthenikerinnen und Legastheniker hingegen erhalten keinerlei Abzüge. Ebenso werden für Nichtlegasthenikerinnen und Nichtlegastheniker ab der Oberstufe Förderkurse auf freiwilliger Basis angeboten. Schülerinnen und Schüler mit der Lernschwäche Dyskalkulie bekommen gesonderten Mathematikunterricht und darüber hinaus einen Bewertungsausgleich in Fächern mit größeren mathematischen Anteilen. Die Teilnahme am regulären Mathematikunterricht liegt im Ermessen der qualifizierten Förderkräfte. Die Abschlussnote in Mathematik soll durch einen gesonderten Leistungs- und Entwicklungsbericht ersetzt werden. Für alle Förderkurse gilt, dass niemandem die Teilnahme verboten wird.

Es sollte für jede Schülerin und jeden Schüler die Möglichkeit bestehen, im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft die Gebärdensprache in der weiterführenden Schule zu erlernen.

Folglich muss Inklusion ein Teil des Lehramtsstudiums sein und Lehrkräfte müssen dazu in der Lage sein, den Schülerinnen und Schülern die Selbstverständlichkeit der Heterogenität zu vermitteln.

Für Schülerinnen und Schüler mit Defiziten in der deutschen Sprache gibt es zusätzlichen, verpflichtenden und kostenlosen Deutschunterricht.

## Lerninhalte

Neben der notwendigen Bildung werden durch die Gesellschaft „soft skills“ gefordert - wie z.B. soziale Kompetenz, Selbstdisziplin, Teamfähigkeit -, die das derzeitige Gymnasium nur in Ansätzen lehrt. Die Förderung dieser muss ausgebaut werden.

Für diese Weiterentwicklung müssen Vorgaben (Lehrpläne etc.) für die Fachcurricula entwickelt werden, wobei Raum für regionale Besonderheiten bleiben muss. Stoffmenge und Stundenzahl müssen überdacht und die individuelle Förderung immens gesteigert werden.

Die Zusammenlegung von Fächern zu Kombinationsfächern wie Naturwissenschaften (Chemie, Physik, Biologie) und Weltkunde (Erdkunde, Geschichte, Politik) halten wir nicht für sinnvoll, sofern sie außerhalb der Orientierungsstufe erfolgt, da den einzelnen Themen so nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt werden kann.

Bilingualer Unterricht soll während der gesamten Schullaufbahn in einigen Fächern auf freiwilliger Basis angeboten werden

Das Fach Wirtschaft/Politik soll altersgerecht ab Klasse 7 unterrichtet werden. Gerade lokale Politik und Wirtschaft können schon frühzeitig aktuell und anschaulich behandelt werden. Diskussionen mit politischen Organen erweitern das Interesse der Schülerinnen und Schüler durch eigenes Erleben. Dazu ist es notwendig, im Unterricht neben der Vermittlung von Fakten auch rhetorische Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Als Möglichkeit der demokratischen Selbstbestimmung soll die Schülerversetzungsarbeit auf allen Ebenen frühzeitig im WiPo - Unterricht vorgestellt werden.

Wahlen sind ein zentraler Bestandteil der Demokratie und bestimmen das Geschehen in einem Land auf lange Sicht. Deshalb fordern wir, dass Wahlen als zentrales Thema im Wirtschafts- und Politikunterricht behandelt werden. Dies soll in der Zeit geschehen, in der bedeutende Wahlen stattfinden. Im Hinblick darauf, dass 16-jährige Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein bereits an Kommunalwahlen und Landtagswahlen teilnehmen dürfen, kommt der Thematisierung von Wahlen im Unterricht ein essenzieller Stellenwert zu. Weitergehend fordern wir ein Runtersetzen des Wahlmindestalters bei der Bundestags- und EU-Parlamentswahl auf 16 Jahre.

Der Methodik-Unterricht sollte in sinnvoller Form in passenden Fächern mit klassenübergreifenden Workshops vermittelt werden. Ein Bezug zwischen Methoden und Fachinhalten sollte im Vordergrund stehen.

Medienkompetenz muss im Unterricht vermittelt werden. Dabei soll den Schülerinnen und Schülern nicht nur unter technischen, sondern vor allem auch unter



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

gesellschaftlichen Aspekten sowie denen der Medienaufklärung, der Umgang mit Medien und insbesondere mit den „neuen Medien“ vermittelt werden. Medien sind zu einem zentralen Aspekt in unserer Gesellschaft geworden und bieten bei richtiger Anwendung immense Chancen. Den Schülerinnen und Schülern den richtigen Umgang mit ihnen zu lehren und über Gefahren aufzuklären, gehört dabei zum Bildungsauftrag der Schulen.

In unserer heutigen global denkenden Gesellschaft ist es von fundamentaler Bedeutung die Risiken des Lebens zu kennen und abschätzen zu können, um so fundierte Entscheidungen treffen zu können. In der Entwicklung einer solchen Fähigkeit sollten die Schülerinnen und Schüler möglichst früh unterstützt werden. Das vermittelte Wissen sollte sich dabei auf die Themengebiete Finanzen, Gesundheit, Ernährung, Medienkompetenz, Datenschutz und nachhaltiger Konsum konzentrieren. Der Unterricht sollte praxisnah, integrativ und anhand von Alltagsbeispielen vermittelt werden, wobei die Lehrerinnen und Lehrer mit gutem Beispiel vorangehen und den Schülerinnen und Schülern als Vorbild dienen sollten. Dies könnte zum Beispiel in Form eines Faches des Wahlpflichtunterrichts geschehen.

So ist es zum Beispiel in unserer modernen Gesellschaft wichtig, ein globales Bild von Völkern und Kulturen zu erhalten, sowie sich mit der Frage nach der eigenen Identität zu beschäftigen. Genau dies muss auch in den Unterricht integriert werden. Das Verständnis für andere Kulturen und somit auch deren Akzeptanz in der Gesellschaft müssen gefördert werden.

Homo-, Hetero-, Bisexualität und Transgender sollen gleichermaßen im Unterricht behandelt werden. Weiterhin soll auch über möglichst viele andere Arten der Sexualität, wie z.B. Sexualitäten nach der QueerTheorie, informiert werden. Es soll Verbänden, die unterschiedliche Sexualitäten vertreten, möglich sein, Informationsveranstaltungen zu diesen Themenbereichen stattfinden zu lassen.

Ab Beginn der Orientierungsstufe wird jährlich ein Projekttag durchgeführt, der den Schülerinnen und Schülern die sog. Lebensrettenden Sofortmaßnahmen (LSM) nach geltenden Ausbildungsnormen vermittelt. Die Ausbildung soll möglichst durch eine qualifizierte Lehrkraft durchgeführt werden. Ist eine solche an der Schule nicht vorhanden, so ist mit den örtlichen Gruppierungen von Hilfsorganisationen (bspw. Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft) zu kooperieren, um eine qualifizierte Ausbildung sicherzustellen.

Außerdem muss Schule nachhaltig sein: Das heißt, größeres Bewusstsein für erneuerbare Energien soll geschaffen und darauf geachtet werden, dass weniger Energie verbraucht wird.

Vertretungslehrerinnen und Vertretungslehrern soll es ermöglicht werden, auf einen fach- und jahrgangsgerechten Aufgabenpool zuzugreifen, um angemessen zu vertreten. Der Aufgabenpool soll online und ggf. in der Schule verfügbar sein. Zusätzlich gibt es Aufgaben, welche ergänzend genutzt werden, ohne in den Fachanforderungen zu stehen. Der Aufgabenpool wird in den verschiedenen Referaten des für Bildung zuständigen Ministeriums erarbeitet. Zusätzlich kann er von den Fachschaften der Schule ergänzt werden.



Ethikunterricht, welcher sich frei von Konfessionen mit den Grundfragen der Ethik, den Weltreligionen und des Philosophieunterrichtes beschäftigt, soll zu einem Pflichtfach für alle Schülerinnen und Schüler werden. Konfessionsbezogener Religionsunterricht soll als freiwilliges Fach belegt werden können.

## **Unterrichtsgestaltung**

Um die Schülerinnen und Schüler weiter zu entlasten, muss an Tagen mit Nachmittagsunterricht das Arbeitspensum am Nachmittag mit Unterrichtsvor- und -nachbereitung auf ein Minimum begrenzt sein.

Generell soll der Unterricht praxisorientiert gestaltet werden, zum Beispiel durch fächerübergreifende Projektarbeit. Projekttag und Exkursionen an Schulen sind wichtige Elemente, um Schule in die Gesellschaft zu integrieren und umgekehrt.

Die Kollegien der Klassen eines jeden Jahrganges sollen ihren Unterricht untereinander abstimmen und sich auch für klassenübergreifende Unternehmungen und Projekte einsetzen.

Um die Schülerinnen und Schüler beim Lernen der Sprache zu motivieren und zu unterstützen, soll jede Schule einen oder mehrere Schüleraustausche ins Ausland zur Verfügung stellen. Bei der Suche und Auswahl einer geeigneten Partnerschule sollen auch Schülerinnen und Schüler mit einbezogen werden, um einen sprachlich, kulturell und geographisch interessanten Austausch zu ermöglichen.

Der Unterricht in der Sekundarstufe I sollte einige Stunden in der Woche in Form von Team-Teaching gestaltet werden. Teamteaching ist eine Unterrichtsform, bei der zwei oder mehrere Lehrer eine Unterrichtseinheit gemeinsam vorbereiten, durchführen und auswerten.

## **Bewertungsmaßstäbe**

Das einfache Erteilen von Nummern von eins bis sechs für die Leistungen einer Schülerin oder eines Schülers wird ihren oder seinen individuellen Fähigkeiten nicht gerecht. So kann eine Schülerin oder ein Schüler auch in Teilbereichen eines Faches beachtliche Fähigkeiten besitzen, während er oder sie in anderen Teilbereichen besonders schwach ist. Noten sind also nur Mittelwerte und sagen nicht zwingend etwas über die Kompetenz Lernender aus. Zudem hängen die Noten zum Teil von der Willkür der Lehrkraft und gegebenenfalls von persönlicher Sympathie für die Schülerin oder den Schüler ab. Gleichzeitig sehen wir Noten jedoch ab einem gewissen Entwicklungsstand in Hinblick auf die Anforderungen der Gesellschaft als notwendig an. Dies gilt insbesondere für die Vergleichbarkeit von Leistungen, die Standardisierung von Bewertungen und auch die eigene Erfolgsmotivation der Schülerinnen und Schüler.

**Bis einschließlich Klasse 4 erläutert eine von der entsprechenden Fachlehrkraft**





## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

**erstellt, tabellarische Lernstandseinschätzung (Kompetenzraster) die Leistungen und Schwächen von jeder Schülerin und jedem Schüler in allen Teilbereichen. Ab der Klasse 5 werden schriftliche Arbeiten und Zeugnisse zusätzlich mit einer Note bewertet. Für die Notengebung werden verbindliche Kriterien für jedes Fach durch das für Bildung zuständige Ministerium erarbeitet und veröffentlicht. Die Besprechung von Zeugnisnoten oder anderen Bewertungen muss bereits vor der Zeugnisvergabe erlaubt sein und sollte auch angestrebt werden.**

Grundsätzlich soll jede Bewertung durch eine Note mit einem Feedback ergänzt und begründet werden. Außerordentliche gemeinnützige Leistungen werden mit einem Kommentar im Zeugnis gewürdigt.

Die geforderten Leistungen der Schülerinnen und Schüler und ihre Bewertungen sollen innerhalb der Klassenstufe vergleichbar sein. Dazu werden die Ziele des Unterrichts und die Beurteilungskriterien für Schülerinnen und Schüler transparent gemacht und diese zu Beginn eines jeden Schuljahres, sowie bei Wechsel der Lehrkraft schriftlich bekannt gegeben. Dies gilt in besonderem Maße für die mündlichen Beiträge zum Unterricht und die Gewichtung derselben.

### **Individuelle Förderung**

Lebenslanges Lernen wird gesellschaftlich gefordert - eine Forderung, der wir uns anschließen. Dies bedeutet allerdings, dass jede und jeder Einzelne lernt, eigene Lernkonzepte zu erstellen und zu erreichen. Dem wird nur durch eine individuelle Förderung der einzelnen Schülerin oder des einzelnen Schülers entsprochen. Hierfür ist ein im Grundsatz geänderter Unterricht erforderlich, denn die Lehrkraft muss die Zeit und die Möglichkeiten haben, auf jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler einzugehen. Dies wird dadurch unterstützt, dass Schülerinnen und Schüler hauptsächlich eigenverantwortlich lernen.

Hausaufgaben sollen so individuell gestellt werden, dass der größtmögliche Lernerfolg für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler erreicht wird.

Um die Kompetenzen von selbstständigem Lernen zu trainieren, fordern wir, dass die Lernenden Unterrichtsinhalte projektartig und fächerübergreifend erarbeiten. Darüber hinaus werden Schülerpatenschaften zwischen älteren und jüngeren Schülerinnen und Schülern eingerichtet: Diese dienen bei allen Beteiligten auch dem Ziel der Bildung sozialer Kompetenzen. Das Engagement aller Schülerinnen und Schüler sollte im Zeugnis aufgeführt werden.

Die LSV befürwortet Aufgabenstellungen mit eigenem Gestaltungsspielraum für die Schülerinnen und Schüler. Aufgaben sollen möglichst ergebnisoffen gestellt werden, damit jede Schülerin und jeder Schüler seine eigenen Interessen einfließen lassen und so motiviert den Unterricht mit seiner persönlichen Aufgabenstellung und deren Lösung bereichern kann. So können sich zum Beispiel besonders begabte Schülerinnen und Schüler Aufgaben stellen, um auf verschiedenen Wegen vielfältig zu lernen, und auch schwächere Schülerinnen und Schüler können auf diese Weise ihre individuelle



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Weiterentwicklung unterstützen. Dadurch lernen alle ihrem Lerntempo angemessen und erwerben zusätzlich die wichtige Kompetenz, sich selbst zu fordern und damit zu fördern.

Des Weiteren müssen Differenzierungsstunden weiter ausgebaut und genauer definiert werden, damit Schülerinnen und Schüler möglichst gut gefördert und gefordert werden können.

Besonders bei Schülerinnen und Schülern, deren Leistungen im Unterricht über die Maße abfallen oder ansteigen, soll die Klassenlehrkraft oder auf Wunsch des Lernenden eine Fachlehrkraft im Gespräch mit der Schülerin oder dem Schüler zu klären versuchen, wo die Ursachen hierfür liegen. Auch die Klassensprecherin oder der Klassensprecher sowie die Schulpsychologin oder der Schulpsychologe und Schulsozialarbeiterin oder Schulsozialarbeiter sollen einbezogen werden, sofern die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler dies wünscht.

### Gestaltung der Oberstufe

Anstatt der bestehenden Profileroberstufe wird das Kurssystem unter dem Vorbild des SchulG 1999 unter der Gewährleistung eines breiten Fächerspektrums wieder eingeführt, da die Möglichkeit der individuellen Förderung der persönlichen Stärken der Schülerinnen und Schüler in einem größerem Maß gegeben ist. Die Oberstufe soll drei Jahre andauern. Oberstufenzentren sollen gewährleisten, dass alle Kurse auch als Leistungskurse unterrichtet werden können.

Wir fordern die Gleichbehandlung aller Oberstufen in Schleswig-Holstein, sowie einen Einführungsstopp weiterer Oberstufen.

Die LSV der Gymnasien fordert die Übernahme aller anfallenden Schülerbeförderungskosten bis einschließlich zum Abitur für alle Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein.

Die Zeugnisse von Q3 sollten direkt nach den Weihnachtsferien und der vorhergehenden Zeugniskonferenz (innerhalb der 1. Schulwoche des neuen Jahres) vergeben werden, womit Q3 endet und Q4 beginnt. *Dadurch soll Q4 mehr Zeit für Klausuren und Festlegung der mündlichen Note eingeräumt werden.* Die letzte Klausur darf drei Wochen vor der Abiturprüfung geschrieben werden.

### Materialien, personelle Ausstattung und Räumlichkeiten

#### **Material**

Die Ausstattung mit Computern sollte auf einem aktuellen Stand sein sowie mit anderen modernen Medien der Schülerzahl und der Notwendigkeit dieser Medien gerecht sein. Die Schulen sollen im Gebäude eine möglichst simple flächendeckende



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Internetversorgung via W-LAN sicherstellen, die es den Lehrkräften sowie allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht bzw. vereinfacht, die für Bildungszwecke großen Vorzüge des Internets effizient zu nutzen.

Ein entscheidender Aspekt bezüglich der Lehrmaterialien ist die Einführung der digitalen Lehrmittelfreiheit und somit die Förderung des Einsatzes von freien, digitalen Lehr- und Lernmaterialien an Schulen. Das Land ist aufgefordert, die Rechte an Lehrbüchern von den Verlagen und Urhebern zu erwerben, um diese Unterlagen unter Creative Commons-Lizenz zu veröffentlichen oder bei der Vergabe der Aufträge auf diese Kriterien zu beharren. Des Weiteren soll beim Einsatz von Lehrmitteldigitalisaten auf freie Dateiformate Wert gelegt werden. In keinem Fall dürfen Kopien digitaler Lehrmittel zu negativen Konsequenzen für die Lehrkräfte führen.

Die Bücher und Materialien sollen zeitgemäß und in einem guten Zustand sein. Die Lernmittelfreiheit umfasst sämtliche Schulmaterialien, einschließlich Verbrauchsmaterial. Bücher, die im Schulunterricht häufig gelesen werden, sind in der Schulbibliothek in ausreichender Menge vorhanden.

Allen Schülerinnen und Schülern soll es ermöglicht werden, einen verbindlichen Vertretungsplan, mit Ausnahme von kurzfristigen Krankmeldungen, für den kommenden Tag jederzeit und datenschutzgerecht online abzurufen.

### **Räumlichkeiten**

Als Teil der offenen Ganztagschule werden räumlich und personell hinreichend ausgestattete Angebote erstellt, bei denen Schülerinnen und Schüler auf freiwilliger Basis unter Anleitung lernen können.

Für alle Fächer werden ausreichend Fachräume zur Verfügung gestellt, die ein fachgerechtes Unterrichten ermöglichen. Dies umfasst auch Werkstätten, Küchen und andere Räumlichkeiten, die für die Ausübung des nachmittäglichen Angebots notwendig sind. Die Gebäude müssen in einem angemessenen hygienisch und baulich unbedenklichen Zustand sein.

Einen Raum für die Schülervvertretung muss es in jeder Schule geben. Dieser ist ausgestattet mit einem Computer mit Internetzugang sowie einem Drucker. Des Weiteren muss es möglich sein, ein Kopiergerät zu benutzen.

An Schulen soll ein „Raum der Ruhe“ als Rückzugsort bereitgestellt werden. Außer der Rückzugsmöglichkeit soll dieser Raum auch für Schülerinnen und Schüler mit religiösem Hintergrund die Möglichkeit bieten, ihr Gebet außerhalb der Unterrichtszeiten zu verrichten. Im Zuge staatlicher Neutralität gegenüber Religionen ist dieser Raum für Anhänger aller Religionen zugänglich und es werden keine religiösen Symbole in diesem Raum angebracht.

Es sollen nach Klassenstufen getrennte Aufenthaltsräume eingerichtet werden.

## Personelle Ausstattung

Wir brauchen genügend Schulpsychologinnen, Schulpsychologen, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter, um möglichen auftretenden Schwierigkeiten entgegenwirken zu können.

An jeder Schule muss mindestens eine Person mit voller Stundenzahl aus den oben genannten Berufsfeldern tätig sein.

Unterstützend dazu muss der Klassenteiler verkleinert werden, um Lehrerinnen und Lehrern den Umgang mit der Vielfalt zu erleichtern und Schülerinnen und Schülern ein besseres Miteinander zu ermöglichen. Klassen und Kurse sind so ausgelegt, dass sie maximal 20 Lernende umfassen.

Um Unterrichtsausfall durch Krankheit oder Ähnliches zu verhindern, sind zusätzliche Lehrkräfte zu beschäftigen. Diese können ansonsten in Förderprojekten und zusätzlichen Intensivierungsstunden eingesetzt werden. Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte muss verringert werden, damit sie mehr Vorbereitungszeit für die individuelle Förderung ihrer Schülerinnen und Schüler haben.

Um diese Medienkompetenz in die Schulen zu bringen, fordern wir eine flächendeckende Fortbildungsoffensive zur Sensibilisierung der Lehrerinnen und Lehrer.

Das Phänomen der Versetzung einer Lehrkraft an andere Schulen bei schlimmen Verstößen, wie sexueller Belästigung oder psychischer Gewalt, ist absolut inakzeptabel. Diese Verstöße müssen zu dem Ausschluss aus dem Schuldienst führen. Der Lehrberuf ist ein sehr anspruchsvoller und verantwortungsvoller Beruf mit hohen Belastungen. Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund ihres Berufes an Stresskrankheiten leiden, müssen mehr Unterstützung erfahren.

Jede Lehrkraft sollte sich im Laufe eines jeden Schuljahres mittels eines anonymen Evaluationsformulars von mindestens zwei Klassen (im Optimalfall Sek 1 und Sek 2) Rückmeldung zu Unterrichtsatmosphäre, Methodik und Bewertungstransparenz geben lassen. Die Verarbeitung obliegt der Lehrkraft selbst. Sie allein entscheidet über die Weitergabe.

Die Lehrerfortbildung in Schleswig-Holstein muss kostenneutral und zugänglich für jede und jeden gestaltet werden. Lehrerinnen und Lehrer sollen jährlich fortgebildet werden, um einen erweiterten Standard an Kompetenz zu besitzen. Die Qualität des Unterrichtes muss gewährleistet werden, damit Schülerinnen und Schüler adäquat unterrichtet werden können. Hierbei muss auch über eine Verbesserung des momentan bestehenden IQSH nachgedacht werden. Zusätzlich befürworten wir eine Ausbildung, in der die angehenden Lehrkräfte so früh wie möglich Kontakt mit Schülerinnen und Schülern haben. Die Kosten, die Lehrerinnen und Lehrern durch Fortbildungen entstehen, müssen für sie bezahlt werden. Gleiches gilt für Klassenfahrten.

Das Amt der Verbindungslehrerin bzw. des Verbindungslehrers wie auch das der bzw. des Kreis- und Landesverbindungslehrerin bzw. -verbindungslehrers müssen von dem für Bildung zuständigen Ministerium näher definiert werden. An jeder Schule soll sowohl



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

eine weibliche als auch eine männliche Verbindungslehrkraft vorhanden sein.

Die Lehrerausbildung wird vereinheitlicht. Ein Schulwechsel zwischen allen Bundesländern muss für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler problemlos möglich sein. Die Bildungsfinanzierung erfolgt mit den Mitteln des Bundes durch die Schulträger. Auf besondere Betreuung spezialisierte Schulformen, wie zum Beispiel Förderzentren, müssen zusätzliche finanzielle Zuwendungen erhalten. Bundesweite Evaluationsmechanismen werden etabliert, um den Fortschritt der Maßnahmen zu dokumentieren und zu kontrollieren.

Den Sekretärinnen und Sekretären müssen mehr Kompetenzen eingeräumt werden, damit sie die Schulleiterinnen und Schulleiter bei ihren Aufgaben unterstützen können. Die Schulleiterinnen und Schulleiter können diese Kompetenzen selbst festlegen. Zusätzlich muss gewährleistet sein, dass mindestens zwei Personen im Sekretariat vorhanden sind.

Zukünftig dürfen bei Fachlehrermangel bereits pensionierte Lehrerinnen und Lehrer aus dem Ruhestand zurückgeholt werden. Die Schulleitung muss eigenmächtig entscheiden dürfen, ob diese Person ausreichend qualifiziert ist, um auch im „Ruhestandsalter“ weiter zu unterrichten. Des Weiteren können „Quereinsteiger“ mit Lehrerfahrung herangezogen werden, wenn kein didaktisch und pädagogisch geschultes Personal zur Verfügung steht. Studierte Lehrerinnen und Lehrer dürfen aufgrund dieser „Quereinsteiger“ keinen Nachteil erfahren. Bei langfristig tätigen Quereinsteigern sollten pädagogische Aufbaukurse zur Pflicht werden, um die fachlichen Qualifikationen zu ergänzen. Auf diesem Wege können pädagogische Defizite bei Quereinsteigern abgebaut werden.

Schulen haben zwingend zu gewährleisten, dass Arbeitsverträge für befristet angestellte Lehrerinnen und Lehrer über das Schulhalbjahr hinaus bis zum jeweiligen Ferienende laufen. Außerdem sollen Schulen vorrangig unbefristete Arbeitsverträge anstelle von befristeten ausstellen.

### **Demokratie in der Schule & ihrem Umfeld**

Das Landesschülerparlament akzeptiert von Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern der LSV Gym SH keinerlei Äußerung, die eine sexuelle Ausrichtung negativ darstellt.

Die Landesverbindungslehrkraft nimmt eine beratende und unterstützende Funktion für die Landesschülervertretung ein.

Der Schulleiterwahlausschuss soll paritätisch zusammengesetzt werden. Also sollen Lehrkräfte, Eltern, Schülerschaft sowie der Schulträger gleichberechtigt entscheiden können, wer die neue Schulleiterin oder der neue Schulleiter wird.

Bei schulinternen Beratungen und Beschlussfassungen über die Verteilung des vom Schulträger zur Verfügung gestellten Schuletats soll eine Schülervertreterin oder ein Schülervertreter mit Stimmrecht be sitzen.

Die Landesschülervertretung macht es sich zur Aufgabe, einheitliche Kriterien für die Schülervertretungsarbeit zu erarbeiten und diese an den Schulen durchzusetzen. Die Schülervertretungsarbeit muss klar strukturiert sein, alle Sektionen ein binden,



## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

bildungspolitisch für die Schülerinnen und Schüler Stellung beziehen und die Vernetzung mit den höheren Ebenen der Schülervertretungsarbeit suchen. Das heißt für uns auch, die Landesschülervertretung und ihre Aktivitäten in der Schülerschaft bekannter zu machen.

Ziel ist es außerdem, dass von jedem Gymnasium eine Delegierte oder ein Delegierter für das Landesschülerparlament benannt wird. Es sei Aufgabe der jeweiligen Delegierten oder des jeweiligen Delegierten, die Informationen, die auf dem Landesschülerparlament vermittelt wurden, an seine Schülerschaft weiterzutragen.

Wir fordern nicht nur das Mitsprache-, sondern auch das Mitbestimmungsrecht in allen bildungspolitischen Fragen, das gesetzlich garantiert sein muss.

Um eine Beteiligung der Landesschülervertretung sicherzustellen, fordern wir deshalb einen eigenen, gemeinsamen Sitz für die Landesschülervertretungen im Bildungsausschuss des Landtages. Mit diesem Sitz ist auch das Rede- sowie Stimmrecht im Bildungsausschuss verbunden. Hiermit wird gewährleistet, dass die Landesschülervertretungen jederzeit die Standpunkte der Schülerinnen und Schüler des Landes in parlamentarischen Vorgängen vertreten und sich für diese einsetzen können. Auf diese Weise bezieht die Landesschülervertretung beispielsweise zu bildungspolitischen Reformen nicht nur Stellung, sondern wirkt auch als Entscheidungsträger mit.

Das für Bildung zuständige Ministerium muss die Landesschülervertretung über alle bildungspolitischen Fragen rechtzeitig und umfassend informieren. Die Landesschülervertretung setzt es sich zum Ziel, eine tatkräftige „Gewerkschaft der Schülerinnen und Schüler“ zu werden, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Zu diesem Zweck dienen Demonstrationen, andere Einzelaktionen, Kampagnen, Projekte und strategische Allianzen mit politischen Gruppierungen, Interessensgruppen und einzelnen Politikerinnen und Politikern. Hierfür sollten Landesschülerparlamente auch öfter im Plenarsaal des Landeshauses stattfinden.

Langfristig muss eine Zusammenarbeit und Kommunikation aller LSVen nach innen und außen gewährleistet werden, um eine nachdrücklichere Vertretung der Interessen zu bewirken. Die Landesschülerparlamente sollen nicht zusammengelegt werden. Schulartspezifische Themen werden von der jeweiligen Schulart behandelt. Allgemeine Themen werden schulartübergreifend behandelt.

Um eigenständig politisch handeln zu können, fordern wir einen Etat, der von der Landesschülervertretung selbst verwaltet wird.

Demokratie muss jedoch nicht nur theoretisch verstanden, sondern auch aktiv gelebt werden. Aus diesem Grund fordern wir von dem für Bildung zuständigen Ministerium, Schulleitungen und anderen Instanzen, Repressionen gegen Schülerinnen und Schüler zu unterlassen, die während der Schulzeit an bedeutenden Veranstaltungen des politischen Lebens teilnehmen (z.B. Debatten des Landtags, Sitzungen des Bildungsausschusses oder Demonstrationen). Aktive Demokratie muss auch in der Schulzeit ausgeübt werden, zumal freie Meinungsäußerung und Demonstrationsfreiheit in Deutschland zu den Grundrechten zählen. Dazu gehört auch, dass Abgeordnete, Kandidatinnen und





## Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Kandidaten sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger Schulbesuche durchführen dürfen. Daher muss der entsprechende Kabinettsbeschluss dahingehend geändert werden, dass dieses auch innerhalb der sog. „heißen Phase“ des Wahlkampfes vor Wahlen ggf. auch mit (Lokal-)Presseveröffentlichungen möglich ist. Wichtig hierbei ist, dass keine demokratische Partei bevorzugt wird, sondern im Gegenteil eine Ausgeglichenheit angestrebt wird.

Die Bildung von Kinder- und Jugendbeiräten durch Gemeinden ist lobenswert. Die Gemeindeordnung regelt, dass Kinder und Jugendliche angehört werden müssen, wenn in Kommunen Dinge beraten werden, die die Kinder und Jugendlichen betreffen. Die Landesschülervertretung fordert, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung für Gemeinden verpflichtend bleibt und gefördert wird.

Der Schülersprecher bzw. die Schülersprecherin muss eine beratende Funktion mit Rede- recht in den entsprechenden Schulverbandssitzungen zustehen, um Schülerinnen und Schüler aktiv an grundlegenden Entscheidungsfindungen zu beteiligen.

Diese Ausgabe des Grundsatzprogramms wurde zuletzt am 4. Juni 2016 parlamentarisch geändert und zuletzt am 25.10.2016 vom Landesschülersprecher Tom Lenuweit redaktionell bearbeitet.

Landesschülervertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein

Preußerstraße 1 – 9 | 24105 Kiel

Tel.: 0431/578696 | Fax: 0431/578698 | [info@schuelervertretung.de](mailto:info@schuelervertretung.de) | <http://www.schuelervertretung.de>